



Berlin, 02. Juni 2010

*Liebe Kolleginnen und Kollegen,*

der Finanzmarkt ist außer Rand und Band geraten. Spekulanten haben an unser Finanzsystem Brandbomben gelegt, die nun nach und nach hochgehen. Die Politik versucht in nächtlichen Sitzungen die Brandbekämpfung zu organisieren. In aller Eile werden in Europa 500 Milliarden Euro dafür bereitgestellt. Weil diese Größenordnung nicht ausreicht, springt der Internationale Währungsfond ein und stellt noch einmal 250 Milliarden Euro bereit.

750 Milliarden Euro! Der Normalbürger kann es nicht fassen. Wer hat sich hier die Taschen vollgestopft? Wer hat den Schaden angerichtet? Wer haftet?

Die durchaus zu bedauernden Bundestagsabgeordneten wurden in Eilsitzungen unter Abkürzung sämtlicher Fristen genötigt, den Milliardenzuschüssen zuzustimmen. Es gebe keine andere Alternative, lautete die Parole von „oben“.

Es ist richtig, dass man bei der Brandbekämpfung schnell sein muss und nicht viel über die Art des Löschmittels debattieren kann. Gleichwohl steht man als handelnder Politiker in der Pflicht, alles zu unternehmen, um die Kosten den Brandverursachern aufzuerlegen. Und da tut sich die Politik offenbar sehr schwer. Leerverkäufe wurden verboten - gut, eine erste ordnungspolitische Maßnahme. An jedem Roulettetisch gibt es limitierte Höchsteinsätze die verhindern helfen, dass die Spielbank gesprengt wird. Beim Handel mit Finanzinnovationen ohne reale Wertsicherung dagegen gibt es Vergleichbares nicht!

Diejenigen, die spielen, können gewinnen; sie müssen aber dann auch einstehen, wenn sie verlieren. Es ist allein ihr Risiko zu gewinnen oder Pleite zu gehen. Wenn Griechenland und einige andere Staaten neue Staatsanleihen aufnehmen, wissen alle, dass diese Staaten den Schuldendienst nicht leisten können.

Spekulanten verleihen dennoch Geld zu hohen Zinsen. Sie kassieren hohe Risikozuschläge, obwohl sie damit rechnen, dass in jedem Fall andere für Zins und Tilgung geradestehen werden. Wenn man aber davon ausgehen kann, dass das geliehene Geld in jedem Fall zurückgezahlt wird und auch die Zinsen bezahlt werden, gibt es keinen Grund für solche Risikozuschläge.

Getrieben von der Missstimmung der Bürgerinnen und Bürger sagt die Bundeskanzlerin zu, sie werde sich für eine Finanztransaktionsteuer oder eine Finanzmarktsteuer einsetzen. Gleichzeitig spricht man aber von so niedrigen Steuersätzen, die überhaupt nicht ausreichen die Wunden zu heilen. Bundeskanzlerin Angela Merkel erklärt, dass wir alle über unsere Verhältnisse gelebt hätten und dieser Zustand beendet werden müsse. Auf einer Klausursitzung wird das Kabinett Anfang Juni massive Sparbeschlüsse fassen, die das „über die Verhältnisse leben“ beenden sollen. Dabei gilt es klar festzuhalten: WIR – die normalen Bürgerinnen und Bürger und Steuerzahler – haben nicht über die Verhältnisse gelebt. Die Bundesregierung war auf dem Weg, einen Bundeshaushalt ohne Nettoneuverschuldung zu verabschieden, bis die Finanzmarktkrise Wirtschaft und Politik durcheinanderwirbelte. Klar ist also, nicht WIR haben den Schaden angerichtet und müssen dafür haften, sondern jene, die den Schaden verursachten. Und dies waren eben die Akteure der Finanzmärkte. Die richtige Antwort der Politik ist daher, den Finanzmärkten Ordnung und Regelungen vorzugeben, diese konsequent zu überwachen und bei Verstoß zu sanktionieren und jene, die beim „Roulette-Spiel“ gewinnen, so zu besteuern, dass aus diesem Steueraufkommen eine Schadenswiedergutmachung und eine Risikovorsorge finanziert werden kann.

Die richtige Lösung ist die Finanztransaktionsteuer, aber nicht mit 0,01 Prozent, sondern mit 0,5 Prozent. Und damit darf man nicht warten, bis die Regierungen der ganzen Welt zustimmen, sondern muss jetzt beginnen, in Deutschland, in Europa. Die Staaten, die nicht mitspielen, sind durch geeignete Maßnahmen zum Mitmachen zu bewegen. Unter WIR ist selbstverständlich auch der öffentliche Dienst gemeint. Rein vorsorglich zur Mahnung an die Politik: Bei uns im öffentlichen Dienst ist nichts zu holen, weil wir schon schlank und rank, geordnet und sparsam unterwegs waren.

*Mit kollegialen Grüßen*

*Ihr*

*Dieter Ondracek*

DSTG-Bundenvorsitzender